PB.S-01-230-2

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 229 bis 231:
wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit Blick auf betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein adäquater Arbeitsplatz ~~im Unternehmen muss aber ebenfalls~~soll allen zur Verfügung stehen, sei es im Unternehmen, im Homeoffice oder im Co-Working-Space.

Begründung

Begründung

Auch schon vor der Pandemie gab es Unternehmen, deren Mitarbeitenden nie einen Arbeitsplatz im Unternehmen hatten oder sogar Unternehmen, die gar keine Arbeitsplätze im Unternehmen vorgehalten haben. Es gibt viele Beispiele, wo das wunderbar funktioniert. Es ist nicht verhältnismäßig, nicht mehr zeitgemäß und zugleich ökologisch schädlich (Flächenverbrauch!), dass solche Unternehmen nun z.B. Büroarbeitsplätze anmieten müssen, die dann leer stehen. Genau das verlangt dieser Satz im Programm jedoch. Unternehmen sollten hingegen dafür sorgen, dass allen Mitarbeitenden ein adäquater (!) Arbeitsplatz (z.B. in Hinsicht auf Ergonomie) zur Verfügung steht – wo auch immer.

weitere Antragsteller*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Mariella Gronenthal (KV Bielefeld); Cim Kartal (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Barbara Wagner (KV Bodenseekreis); Harald Rech (KV Saarbrücken); Andreas Müller (KV Essen); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Alexander Görne-Zagel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Katrin Eling (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Nina Schmelter (KV Bielefeld); Daniela Kluge (KV Bielefeld); Vanessa Radtke (KV Bremen-Mitte); Ronja Demel (KV Göttingen); Annabelle Mielitz (KV Bielefeld); Klaus Feurich (KV Bielefeld)